

**Beiträge zum Informationsrecht**

---

**Band 12**

**Konfliktlösung  
im Internet**

**Von**

**Nele Behr**



**Duncker & Humblot · Berlin**

NELE BEHR

## Konfliktlösung im Internet

# Beiträge zum Informationsrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Hansjürgen Garstka,  
Prof. Dr. Michael Kloepfer,  
Prof. Dr. Friedrich Schoch

Band 12

# Konfliktlösung im Internet

Von

Nele Behr



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaft  
der Freien Universität Berlin  
hat diese Arbeit im Jahre 2004  
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2005 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Fremddatenübernahme und Druck:  
Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin  
Printed in Germany

ISSN 1619-3547  
ISBN 3-428-11629-1

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☉

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde am 14. April 2004 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin als Dissertation angenommen.

Ich bedanke mich herzlich bei meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Helmut Lecheler, für seine Betreuung und die Erstellung des Erstgutachtens. Nicht nur die wertvolle Unterstützung, die ich von ihm und meinen Kollegen an seinem Lehrstuhl erfahren habe, sondern vor allem die Freiheit, die Herr Prof. Dr. Lecheler mir bei der Wahl des Themas und der Bearbeitung eingeräumt hat, haben wesentlich zum Gelingen beigetragen. Herrn Prof. Dr. Helmut Grothe danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens sowie Herrn Prof. Dr. Hansjürgen Garstka, Herrn Prof. Dr. Michael Kloepfer und Herrn Prof. Dr. Friedrich Schoch für die Aufnahme in die Reihe „Beiträge zum Informationsrecht“.

Ganz besonders bedanke ich mich bei meiner Familie, und dabei vor allem bei meiner Mutter, der ich diese Arbeit widme, für die Kraft und ihren Rat. Vor allem für die kritische Durchsicht danke ich außerdem meinem Freund *Carsten Böger* und *Eva Uppenbrink*.

Ausdrücklich möchte ich mich schließlich bei der rechtswissenschaftlichen Fachbereichsbibliothek der Freien Universität Berlin für ihre hervorragenden Forschungsbedingungen bedanken.

Berlin, im August 2004

*Nele Behr*



# Inhaltsübersicht

<b>Einleitung</b>	29
A. Lösung von Konflikten .....	29
B. Einsatz des Internets innerhalb der Konfliktlösung .....	30
I. Verbreitung und Wachstum des Internets als Ursache für online Konfliktlösung	31
II. Das Internet als Agora .....	34
C. Erkenntnisinteresse und Vorgehensweise .....	36
<i>1. Teil</i>	
<b>ADR-Verfahren und ODR-Verfahren</b>	38
A. Begriffsbestimmung – ADR und ODR .....	38
B. Traditionelle außergerichtliche Konfliktlösung .....	39
I. Historische Entwicklung der außergerichtlichen Konfliktlösung .....	39
II. Unterschiedliche Methoden außergerichtlicher Konfliktlösung .....	42
III. Vorteile außergerichtlicher Konfliktlösung gegenüber Gerichtsverfahren .....	48
C. Online Dispute Resolution .....	61
I. Historische Entwicklung der Online Dispute Resolution .....	61
II. Beispiele für die außergerichtlichen online Konfliktlösungsverfahren .....	66
III. Vorteile der ODR-Verfahren gegenüber Gerichtsverfahren und traditionellen außergerichtlichen Verfahren im Bereich des E-Commerce .....	79
IV. Probleme im Zusammenhang mit ODR-Verfahren .....	107
D. Ergebnis .....	114
<i>2. Teil</i>	
<b>Aktueller Rechtsrahmen der ODR-Verfahren</b>	115
A. Zulässigkeit außergerichtlicher online Konfliktlösung .....	115
B. Aktueller rechtlicher Rahmen der außergerichtlichen online Konfliktlösung .....	118
I. Unmittelbare Regulierung der außergerichtlichen Konfliktlösung .....	118

II. Mittelbare Regulierung durch berufsrechtliche Normen .....	139
III. Mittelbare Regulierung durch medienrechtliche Normen .....	143
C. Ergebnis .....	150

### 3. Teil

<b>Regulierung der ODR-Verfahren de lege ferenda – Bedürfnis nach Regulierung</b> .....	152
A. Bedürfnis nach hoheitlicher Einrichtung von ODR-Verfahren .....	154
I. Faktische Rechtsschutzlücken im E-Commerce .....	154
II. Der Begriff des effektiven Rechtsschutzes .....	155
III. Effektiver Rechtsschutz und ODR-Verfahren .....	161
IV. Hoheitliche Einrichtung von Schiedsverfahren .....	168
V. Hoheitliche Einrichtung unverbindlicher Verfahren .....	171
VI. Zwischenergebnis .....	178
B. Bedürfnis nach inhaltlicher Regulierung der ODR-Verfahren .....	179
I. Contra Regulierung .....	179
II. Pro Regulierung .....	181
III. Zwischenergebnis .....	183
C. Ergebnis .....	184

### 4. Teil

<b>Regulierung der ODR-Verfahren de lege ferenda – Inhaltliche Vorgaben für die Regulierung</b> .....	185
A. Form und Umfang der Regulierung .....	185
I. Interessenausgleich über normative Regulierung oder finanzielle Steuerung ...	185
II. Einheitliche Regulierung der ADR- und ODR-Verfahren .....	186
III. Einheitliche Regulierung der online Lösung von Konflikten aus dem online bzw. offline Bereich .....	188
IV. Einheitliche Regulierung der verbindlichen und unverbindlichen ODR-Ver- fahren .....	188
V. Einheitliche Regulierung von Konfliktlösungsverfahren zur Beilegung von B2C bzw. B2B Streitigkeiten .....	191
VI. Zwischenergebnis .....	192

B. Inhaltliche Grundsätze für ODR-Verfahren .....	193
I. Grundsatz der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit .....	193
II. Grundsatz der Transparenz .....	198
III. Grundsatz des rechtlichen Gehörs, der Waffengleichheit und des fairen Verfahrens .....	200
IV. Grundsatz der Gleichbehandlung i. S. v. Art. 12 EGV .....	204
V. Grundsatz der Vertraulichkeit .....	204
VI. Grundsatz der Effektivität .....	205
C. Gütesiegel und Akkreditierungsstellen .....	206
I. Akkreditierungsstelle .....	207
II. Verwendung und Bedeutung des Gütesiegels .....	207
D. Inhaltliche Regulierung der ODR-Verfahren und Grundrechtsschutz .....	209
E. Inhaltliche Regulierung der ODR-Verfahren und die Dienstleistungsfreiheit gemäß Art. 49 EGV .....	210
I. Inhaltliche Regulierung auf Gemeinschaftsebene .....	210
II. Inhaltliche Regulierung durch einen Mitgliedstaat .....	211
F. Ergebnis .....	213

*5. Teil*

**Regulierung der ODR-Verfahren de lege ferenda –  
Regelungskompetenz**

215

A. Kompetenz zur normativen Regulierung .....	215
I. Gesetzgebungskompetenz des Gemeinschaftsgesetzgebers .....	215
II. Gesetzgebungskompetenz der Bundesrepublik Deutschland .....	241
B. Kompetenz zur finanziellen Förderung .....	244
I. Förderungskompetenz der Gemeinschaft .....	244
II. Förderungskompetenz der Bundesrepublik Deutschland .....	249
III. Zwischenergebnis .....	251
C. Ergebnis .....	251

*6. Teil*

<b>Regulierung der ODR-Verfahren de lege ferenda – Anspruch auf inhaltliche Regulierung</b>	252
A. Anspruch aus deutschen Grundrechten .....	252
I. Begriffsbestimmung – Die Leistungsrechte .....	253
II. Verfassungsrechtliche Konflikte bei der Anerkennung von Leistungsrechten ...	260
III. Anspruchsbegründung durch faktische Rechtsschutzlücken .....	260
IV. Ermessen des Gesetzgebers bei der Verwirklichung des effektiven Rechtsschutzes .....	261
V. Ermessensbegrenzung .....	264
VI. Zwischenergebnis .....	264
B. Anspruch aus Europarecht .....	265
I. Anspruch aus Art. 17 Abs. 2 ECRL .....	265
II. Anspruch aus dem Primärrecht .....	266
C. Ergebnis .....	277

*7. Teil*

<b>Elektronische Medien in den Gerichtsverfahren</b>	278
A. Aktuelle Rechtslage .....	279
I. Automatisiertes Mahnverfahren, elektronisches Grundbuch und elektronisches Handelsregister .....	280
II. Einsatz der elektronischen Medien im Gerichtsverfahren .....	281
III. Homepages der Gerichte .....	285
B. Ein Internetgericht in Deutschland de lege ferenda .....	287
I. Vorbilder aus den USA und Großbritannien .....	287
II. Die Errichtung eines Internetgerichtes in Deutschland .....	289
III. Ergebnis .....	310
<b>Schlussbetrachtung</b> .....	312
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	315
<b>Anhang: ODR-Verfahren</b> .....	341
<b>Sachwortregister</b> .....	343

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	29
A. Lösung von Konflikten .....	29
B. Einsatz des Internets innerhalb der Konfliktlösung .....	30
I. Verbreitung und Wachstum des Internets als Ursache für online Konfliktlösung	31
1. Neue Möglichkeiten der Konfliktlösung durch die Verbreitung des Internets	33
2. Neues Konfliktpotential durch die Verbreitung des Internets .....	34
II. Das Internet als Agora .....	34
C. Erkenntnisinteresse und Vorgehensweise .....	36
<i>1. Teil</i>	
<b>ADR-Verfahren und ODR-Verfahren</b>	38
A. Begriffsbestimmung – ADR und ODR .....	38
B. Traditionelle außergerichtliche Konfliktlösung .....	39
I. Historische Entwicklung der außergerichtlichen Konfliktlösung .....	39
II. Unterschiedliche Methoden außergerichtlicher Konfliktlösung .....	42
1. Verhandlung .....	42
2. Mediation und Schlichtung .....	43
3. Schiedsverfahren .....	46
III. Vorteile außergerichtlicher Konfliktlösung gegenüber Gerichtsverfahren .....	48
1. Grenzüberschreitende Konflikte .....	48
a) Zuständigkeit der Gerichte .....	49
aa) Die Zuständigkeiten i. S. d. EuGVVO .....	50
bb) Die Bedeutung der EG-Klauselrichtlinie .....	52
cc) Zwischenergebnis .....	53

b) Anwendbares Recht .....	53
aa) Anwendungsbereich des EVÜ im Verhältnis zum CISG und zum europäischen Sekundärrecht .....	55
bb) Materielle Regeln des EVÜ .....	56
cc) Zwischenergebnis .....	57
c) Durchsetzung ausländischer Urteile und Schiedssprüche bzw. Einigungen .....	57
d) Zwischenergebnis .....	58
2. Kosten- und Zeitfaktor .....	58
3. Zwischenergebnis .....	61
C. Online Dispute Resolution .....	61
I. Historische Entwicklung der Online Dispute Resolution .....	61
II. Beispiele für die außergerichtlichen online Konfliktlösungsverfahren .....	66
1. Verhandlungen und Mediationen – Square Trade .....	66
a) Vertragsverhältnis zwischen Square Trade und Nutzern .....	67
b) Das online Verfahren .....	68
c) Gütesiegel .....	70
d) Das Verfahren von Square Trade als Mediationsverfahren .....	70
2. Verhandlungen und Mediationen – Internet Ombudsmann, CyberCourt und JustFair .....	71
3. Automatisierte Verfahren – Cybersettle .....	72
4. Schiedsverfahren – Online Resolution und Domainnamenkonflikte .....	75
a) Online Resolution .....	75
b) Schiedsverfahren bei Domainnamenkonflikten .....	76
5. i-Courthouse .....	79
III. Vorteile der ODR-Verfahren gegenüber Gerichtsverfahren und traditionellen außergerichtlichen Verfahren im Bereich des E-Commerce .....	79
1. Grenzüberschreitende Konflikte .....	79
a) Elektronischer Geschäftsverkehr und Zuständigkeit der Gerichte .....	81
aa) Allgemeine Zuständigkeit gemäß Art. 2 EuGVVO .....	81
bb) Besondere Zuständigkeiten gemäß Art. 5 EuGVVO .....	82
cc) Zuständigkeit in Verbrauchersachen gemäß Art. 15 ff. EuGVVO ....	83
(1) Vorliegen der Verbrauchereigenschaft .....	83
(2) Ausrichtung i. S. d. Art. 15 Abs. 1 lit. c) EuGVVO .....	83
dd) Vereinbarung über die Zuständigkeit gemäß Art. 23 EuGVVO .....	87
ee) Zwischenergebnis .....	87

Inhaltsverzeichnis	13
b) Elektronischer Geschäftsverkehr und anwendbares Recht	88
aa) Art. 3 ECRL als Kollisionsnorm	88
bb) Konsequenzen des kollisionsrechtlichen Charakters von Art. 3 ECRL	92
cc) Die ECRL und internationales Schuldvertragsrecht	93
dd) Verbraucherverträge im Internet	94
(1) Art. 5 Abs. 2, 1. Alt. EVÜ bzw. Art. 29 Abs. 1 Nr. 1 EGBGB	94
(2) Art. 7 EVÜ bzw. Art. 34 EGBGB	97
(3) Art. 12 Fernabsatz-Richtlinie bzw. Art. 29a EGBGB	98
(4) Zwischenergebnis	98
ee) Zwischenergebnis	99
c) Zwischenergebnis	100
2. Das Kräfteverhältnis im E-Commerce	101
3. Zeit- und Kostenfaktor	103
4. Gütesiegel	105
5. Zwischenergebnis	106
IV. Probleme im Zusammenhang mit ODR-Verfahren	107
1. Unabhängigkeit und Unparteilichkeit	107
2. Rechtliches Gehör, Vertrauen und Vertraulichkeit	109
3. Kommunikationshindernisse als Beeinträchtigung der Effektivität	111
4. Zwischenergebnis	113
D. Ergebnis	114

## *2. Teil*

<b>Aktueller Rechtsrahmen der ODR-Verfahren</b>	115
A. Zulässigkeit außergerichtlicher online Konfliktlösung	115
B. Aktueller rechtlicher Rahmen der außergerichtlichen online Konfliktlösung	118
I. Unmittelbare Regulierung der außergerichtlichen Konfliktlösung	118
1. Unmittelbare Regulierung der unverbindlichen außergerichtlichen Konfliktlösung in Deutschland	118
a) Einzelne Vorschriften	119
b) Gründe für die nur partielle Regulierung	120
c) Selbstregulierung	122
2. Unmittelbare Regulierung der verbindlichen Schiedsverfahren in Deutschland	123

3. Unmittelbare internationale und ausländische Regulierungsansätze und Projekte .....	127
a) Regulierung der verbindlichen Schiedsverfahren .....	127
b) Regulierung und Projekte im Bereich der unverbindlichen Konfliktlösungsverfahren .....	128
aa) Nationale Regelungen in den USA und Österreich .....	128
bb) Internationale Regulierungsansätze .....	129
c) Europäische Regelungen und Projekte .....	130
aa) Art. 17 ECRL .....	131
bb) Diskussionen im Zusammenhang mit der EuGVVO .....	132
cc) Grünbuch über alternative Verfahren zur Streitbeilegung im Zivil- und Handelsrecht .....	133
dd) Empfehlungen der Kommission .....	134
ee) EEJ-Net und FIN-Net .....	135
d) Internationale private Ebene .....	136
4. Zwischenergebnis .....	138
II. Mittelbare Regulierung durch berufsrechtliche Normen .....	139
1. Rechtsanwälte als Mediatoren oder Schlichter .....	139
2. Notare als Mediatoren oder Schlichter .....	140
3. Rechtsanwälte und Notare als Schiedsrichter .....	140
4. Erfordernis der beruflichen Qualifikation von Mediatoren, Schlichtern und Schiedsrichtern .....	141
5. Zwischenergebnis .....	143
III. Mittelbare Regulierung durch medienrechtliche Normen .....	143
1. Medienrechtliche Einordnung der ODR-Verfahren .....	143
2. Rechtsfolgen der Qualifikation der ODR-Verfahren als Teledienste .....	146
a) Rechtsfolgen entsprechend dem TDG .....	146
b) Rechtsfolgen entsprechend dem TDDSG .....	147
c) Rechtsfolgen entsprechend dem Preisangabengesetz und der Preisangabenverordnung .....	148
3. Geltungsbereich der deutschen medienrechtlichen Vorschriften .....	148
4. Zwischenergebnis .....	150
C. Ergebnis .....	150

3. Teil

**Regulierung der ODR-Verfahren de lege ferenda –  
Bedürfnis nach Regulierung 152**

A. Bedürfnis nach hoheitlicher Einrichtung von ODR-Verfahren .....	154
I. Faktische Rechtsschutzlücken im E-Commerce .....	154
II. Der Begriff des effektiven Rechtsschutzes .....	155
1. Das nationale Recht auf effektiven Rechtsschutz .....	156
2. Das Gemeinschaftsrecht und der allgemeine Rechtsgrundsatz effektiven Rechtsschutzes .....	157
a) Zentraler Individualrechtsschutz gegen Gemeinschaftsakte .....	157
b) Dezentraler Individualrechtsschutz gegen Maßnahmen der Mitgliedstaa- ten oder Privater .....	158
III. Effektiver Rechtsschutz und ODR-Verfahren .....	161
1. Die deutsche Sicht .....	161
2. Die europäische Sicht .....	165
3. Zwischenergebnis .....	167
IV. Hoheitliche Einrichtung von Schiedsverfahren .....	168
1. Die deutsche Sicht .....	168
2. Die europäische Sicht .....	169
3. Verpflichtung Privater zur Einrichtung eines online Schiedsgerichtes .....	170
4. Zwischenergebnis .....	171
V. Hoheitliche Einrichtung unverbindlicher Verfahren .....	171
1. Staatsfreiheit der Wirtschaft .....	172
a) ODR-Verfahren als Teil der Wirtschaft .....	172
b) Die Grundrechte als Schranken für die Steuerung der Wirtschaft .....	174
c) Grundrechtseingriff durch staatliche Konkurrenz .....	174
aa) Grundrechtseingriff durch Verdrängungswettbewerb .....	175
bb) Grundrechtseingriff bei fühlbarer Marktveränderung .....	176
d) Zwischenergebnis .....	177
2. Vorteile einer finanziellen Förderung privater Anbieter .....	177
3. Zwischenergebnis .....	178
VI. Zwischenergebnis .....	178

B. Bedürfnis nach inhaltlicher Regulierung der ODR-Verfahren .....	179
I. Contra Regulierung .....	179
II. Pro Regulierung .....	181
III. Zwischenergebnis .....	183
C. Ergebnis .....	184

#### *4. Teil*

<b>Regulierung der ODR-Verfahren de lege ferenda – Inhaltliche Vorgaben für die Regulierung</b>	185
A. Form und Umfang der Regulierung .....	185
I. Interessenausgleich über normative Regulierung oder finanzielle Steuerung ...	185
II. Einheitliche Regulierung der ADR- und ODR-Verfahren .....	186
III. Einheitliche Regulierung der online Lösung von Konflikten aus dem online bzw. offline Bereich .....	188
IV. Einheitliche Regulierung der verbindlichen und unverbindlichen ODR-Ver- fahren .....	188
V. Einheitliche Regulierung von Konfliktlösungsverfahren zur Beilegung von B2C bzw. B2B Streitigkeiten .....	191
VI. Zwischenergebnis .....	192
B. Inhaltliche Grundsätze für ODR-Verfahren .....	193
I. Grundsatz der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit .....	193
1. Begriffsbestimmung .....	194
2. Parallelen zur richterlichen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit .....	194
3. Sicherung der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit im ODR-Verfahren ....	195
II. Grundsatz der Transparenz .....	198
1. Parallelen zur Öffentlichkeit der Gerichtsverfahren .....	198
2. Transparenzerfordernis im ODR-Verfahren .....	199
III. Grundsatz des rechtlichen Gehörs, der Waffengleichheit und des fairen Ver- fahrens .....	200
1. Parallelen zum staatlichen Gerichtsverfahren .....	201
2. Rechtliches Gehör, Waffengleichheit und Fairness im ODR-Verfahren .....	202
IV. Grundsatz der Gleichbehandlung i. S. v. Art. 12 EGV .....	204

Inhaltsverzeichnis	17
V. Grundsatz der Vertraulichkeit .....	204
VI. Grundsatz der Effektivität .....	205
C. Gütesiegel und Akkreditierungsstellen .....	206
I. Akkreditierungsstelle .....	207
II. Verwendung und Bedeutung des Gütesiegels .....	207
D. Inhaltliche Regulierung der ODR-Verfahren und Grundrechtsschutz .....	209
E. Inhaltliche Regulierung der ODR-Verfahren und die Dienstleistungsfreiheit gemäß Art. 49 EGV .....	210
I. Inhaltliche Regulierung auf Gemeinschaftsebene .....	210
II. Inhaltliche Regulierung durch einen Mitgliedstaat .....	211
1. Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit ausländischer ODR-Anbieter .....	211
2. Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit inländischer ODR-Anbieter .....	212
3. Zwischenergebnis .....	213
F. Ergebnis .....	213

### *5. Teil*

<b>Regulierung der ODR-Verfahren de lege ferenda – Regelungskompetenz</b>	215
A. Kompetenz zur normativen Regulierung .....	215
I. Gesetzgebungskompetenz des Gemeinschaftsgesetzgebers .....	215
1. Gesetzgebungskompetenz auf der Grundlage von Art. 65 i.V.m. Art. 61 lit. c) EGV .....	217
a) Verhältnis zwischen Art. 65 und Art. 95 EGV .....	218
b) Art. 65 EGV und außergerichtliche online Verfahren .....	221
c) Fristenregelung .....	222
d) Grenzüberschreitende Bezüge .....	223
e) Erforderlichkeit für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes ..	224
aa) Subsidiaritätsprinzip i. S. d. Art. 5 UAbs. 2 EGV .....	225
(1) Ausreichende Erledigung durch die Mitgliedstaaten .....	226
(2) Bessere Erreichung der Ziele auf Gemeinschaftsebene .....	226
bb) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz i. S. d. Art. 5 UAbs. 3 EGV .....	227
f) Zwischenergebnis .....	227

2. Gesetzgebungskompetenz auf der Grundlage von Art. 95 EGV sowie Art. 47 Abs. 2 i.V.m. Art. 55 EGV .....	228
a) Präventive Rechtsangleichung .....	229
b) Subsidiarität von Art. 95 EGV gegenüber Art. 47 Abs. 2 i.V.m. Art. 55 EGV .....	231
c) Art. 95 und 47 Abs. 2 i.V.m. Art. 55 EGV und die <i>Keck</i> -Rechtsprechung des EuGH .....	232
d) Subsidiaritätsprinzip i. S. d. Art. 5 UAbs. 2 EGV .....	234
aa) Harmonisierungskompetenzen als ausschließliche Zuständigkeiten ..	235
bb) Bedeutung der ECRL .....	236
cc) Ausreichende Erledigung durch die Mitgliedstaaten bzw. bessere Erreichung der Ziele auf Gemeinschaftsebene .....	237
e) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz i. S. d. Art. 5 UAbs. 3 EGV .....	238
f) Zwischenergebnis .....	239
3. Gesetzgebungskompetenz auf der Grundlage von Art. 153 Abs. 3 lit. a) EGV i.V.m. Art. 95 EGV .....	240
4. Zwischenergebnis .....	241
II. Gesetzgebungskompetenz der Bundesrepublik Deutschland .....	241
1. Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung gemäß Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG .....	242
2. Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung gemäß Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG .....	243
3. Voraussetzungen des Art. 72 Abs. 2 GG .....	243
4. Zwischenergebnis .....	244
B. Kompetenz zur finanziellen Förderung .....	244
I. Förderungskompetenz der Gemeinschaft .....	244
1. Förderungskompetenz auf der Grundlage von Art. 65 i.V.m Art. 61 lit. c) EGV .....	246
2. Förderungskompetenz auf der Grundlage von Art. 95, 47 Abs. 2 i.V.m. 55 EGV .....	246
3. Förderungskompetenz auf der Grundlage von Art. 153 EGV .....	247
4. Förderungskompetenz auf der Grundlage von Art. 154 ff. EGV .....	248
5. Förderungskompetenz auf der Grundlage von Art. 163 EGV .....	248
6. Förderungskompetenz auf der Grundlage von Art. 308 EGV .....	248
II. Förderungskompetenz der Bundesrepublik Deutschland .....	249
1. Der nationale Subventionsbegriff .....	249

Inhaltsverzeichnis	19
2. Subventionierung der ODR-Verfahren	249
3. Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	250
III. Zwischenergebnis	251
C. Ergebnis	251

## *6. Teil*

<b>Regulierung der ODR-Verfahren de lege ferenda – Anspruch auf inhaltliche Regulierung</b>	252
A. Anspruch aus deutschen Grundrechten	252
I. Begriffsbestimmung – Die Leistungsrechte	253
1. Teilhaberechte	253
2. Schutzansprüche	254
a) Herleitung der Schutzansprüche	254
b) Schutzansprüche und außergerichtliche Verfahren	256
c) Betroffene Grundrechte	257
aa) Gefährdung als Folge der Nichtregulierung der Verfahren	257
bb) Gefährdung als Folge der unregulierten Verfahren	258
3. Verfahrensteilhaberechte	259
II. Verfassungsrechtliche Konflikte bei der Anerkennung von Leistungsrechten	260
III. Anspruchsbegründung durch faktische Rechtsschutzlücken	260
IV. Ermessen des Gesetzgebers bei der Verwirklichung des effektiven Rechtsschutzes	261
V. Ermessensbegrenzung	264
VI. Zwischenergebnis	264
B. Anspruch aus Europarecht	265
I. Anspruch aus Art. 17 Abs. 2 ECRL	265
II. Anspruch aus dem Primärrecht	266
1. Das Gemeinschaftsrecht und Schutzansprüche	266
a) Die Gemeinschaftsgrundrechte als Grundlage von Schutzansprüchen	268
aa) Begründung der Gemeinschaftsgrundrechte	268
bb) Konkrete Schutzansprüche – Bedeutung der EMRK	269
cc) Zwischenergebnis	271

b) Die Grundfreiheiten als Grundlage von Schutzansprüchen .....	272
aa) Betroffene Grundfreiheiten .....	272
bb) Grundfreiheiten als Verfahrensteilhaberechte .....	273
cc) Schutzansprüche und unmittelbare Drittwirkung der Grundfreiheiten .....	274
dd) Schutzansprüche und das Beispiel der Entscheidung <i>Kommission/ Frankreich</i> .....	276
ee) Zwischenergebnis .....	277
2. Zwischenergebnis .....	277
C. Ergebnis .....	277

### 7. Teil

<b>Elektronische Medien in den Gerichtsverfahren</b> .....	278
A. Aktuelle Rechtslage .....	279
I. Automatisiertes Mahnverfahren, elektronisches Grundbuch und elektronisches Handelsregister .....	280
II. Einsatz der elektronischen Medien im Gerichtsverfahren .....	281
1. Klageeinreichung per Email .....	281
2. Videokonferenzen innerhalb der Zivilverfahren .....	283
III. Homepages der Gerichte .....	285
B. Ein Internetgericht in Deutschland de lege ferenda .....	287
I. Vorbilder aus den USA und Großbritannien .....	287
1. Courtroom 21 .....	287
2. Michigan Cyber Court .....	288
3. Entwicklungen in Großbritannien .....	289
II. Die Errichtung eines Internetgerichtes in Deutschland .....	289
1. Zugangsprobleme .....	290
a) Zugang zum Internet allgemein .....	290
b) Zugang zu den virtuellen Gerichten .....	292
aa) Die Bedeutung der Suchmaschinen .....	292
bb) Hilfestellung bei der online Klageeinreichung .....	294
cc) Zwischenergebnis .....	294
2. Probleme innerhalb der online Gerichtsverfahren .....	294
a) Grundsatz der Mündlichkeit .....	294
b) Grundsatz der Unmittelbarkeit .....	296

Inhaltsverzeichnis	21
c) Grundsatz des rechtlichen Gehörs und der Waffengleichheit .....	298
d) Grundsatz des fairen Verfahrens .....	302
e) Grundsatz der Öffentlichkeit .....	303
f) Zwischenergebnis .....	309
3. Zwischenergebnis .....	310
III. Ergebnis .....	310
<b>Schlussbetrachtung</b> .....	312
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	315
<b>Anhang: ODR-Verfahren</b> .....	341
<b>Sachwortregister</b> .....	343

## Abkürzungen und Fachtermini

a.A.	andere(r) Ansicht
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für civilistische Praxis
a.D.	außer Dienst
ADR	Alternative Dispute Resolution
a.F.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht
AGBG	Gesetz zur Regelung der allgemeinen Geschäftsbedingungen
AK	Alternativkommentar
a.M.	am Main
a.R.	am Rhein
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
ARPA	Advanced Research Projects Agency
Art.	Artikel
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
B2B	business to business
B2C	business to consumer
BAFM	Bundes-Arbeitsgemeinschaft für Familien-Mediation e.V.
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Der Betriebs-Berater
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
begr.	begründet
BerufsO	Berufsordnung für Rechtsanwälte
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen

BK	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
BNotK	Bundesnotarkammer
BNotO	Bundesnotarordnung
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
C2C	consumer to consumer
C & L	Computers and Law
ca.	circa
Chat	schriftliche Echtzeitkommunikation im Internet
CISG	UN-Übereinkommen vom 11. 4. 1980 über den internationalen Warenkauf
CMLRev.	Common Market Law Review
Content Provider	Anbieter von Inhalten im Internet
CPR	Civil Procedure Rules (UK)
CR	Computer und Recht
DB	Der Betrieb
DENIC	Deutsches Network Information Center
ders.	derselbe
dess.	desselben
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe, n
DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richter-Zeitung
DuD	Datenschutz und Datensicherung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
ECODIR	Electronic COsumer DIspute Resolution Platform
ECRL	E-Commerce Richtlinie

EEJ-Net	European Extra Judicial Network
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGG	Gesetz über rechtliche Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften
EGZPO	Gesetz, betreffend die Einführung zur Zivilprozeßordnung
Einl.	Einleitung
E.L.Rev.	European Law Review
E-mail	Electronic Mail (Elektronische Post)
endg.	endgültig
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EP	Europäisches Parlament
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitschrift
EuGVÜ	Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen
EuGVVO	Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVÜ	Übereinkommen von Rom
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EWSA	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
f., ff.	und folgend (e)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEDMA	Federation of European Direct Marketing
FIN-Net	Netzwerk für Verbraucherbeschwerden über Finanzdienstleistungen
Fn.	Fußnote
fortgef.	fortgeführt
FS	Festschrift
F.Supp.	Federal Supplement (Entscheidungssammlung der US-Bundesgerichte)
GA	Generalanwalt

GBDe	Global Business Dialogue on e-Commerce
GBO	Grundbuchordnung
Gesamthrsrg.	Gesamtherausgeber
GewArch	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GKG	Gerichtskostengesetz
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
gwmk	Gesellschaft für Wirtschaftsmediation und Konfliktmanagement e.V.
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HdbStR	Handbuch des Staatsrechts
HdbVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts
HGB	Handelsgesetzbuch
Homepage	Webseiten von Unternehmen, Behörden oder Privatpersonen, auf denen sie sich selbst darstellen
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HS	Halbsatz
HwO	Handwerksordnung
Hyperlink	interaktive Verweise auf einer Website
ICANN	Internet Corporation for Assigned Numbers and Names
ICC	International Chamber of Commerce
i.d.R.	in der Regel
InsO	Insolvenzordnung
IP-Adresse	Internet Protocol
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i. S. d.	im Sinne des
i. S. v.	im Sinne von
ITRB	IT-Rechtsberater
IuKDG	Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz
i.V.m.	in Verbindung mit
JBl	Juristische Blätter
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
K&R	Kommunikation und Recht

KOM	Europäische Kommission Legislativvorschläge und sonstige Mitteilungen der Kommission an den Rat und/oder an die anderen Organe sowie die entsprechenden vorbereitenden Dokumente
LG	Landgericht
lit.	littera
Lug.Ü	Luganer Übereinkommen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MDSStV	Staatsvertrag über Mediendienste (Mediendienste-Staatsvertrag)
Mio.	Million
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MMR	Multimedia und Recht
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Nachw.	Nachweis(e)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	Number
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
ODR	Online Dispute Resolution
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OLG	Oberlandesgericht
PAngG	Preisangabengesetz
PAngR	Preisangabenrecht
PAngV	Preisangabenverordnung
PartG	Gesetz über die politischen Parteien
PC	Personal Computer, Benutzerendgerät
PflVersG	Pflichtversicherungsgesetz
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RBerG	Rechtsberatungsgesetz
Rev. crit. dr. internat. privé	Revue critique de droit international privé
RGZ	Entscheidung des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RUDRP	Rules for Uniform Domain Name Dispute Resolution Policy
RuP	Recht und Politik

Rz.	Randziffer
S.	Seite <i>oder</i> Satz
SachenRBERG	Sachenrechtsbereinigungsgesetz
Search engine	Suchmaschine
Sec.	Section (engl. für Abschnitt)
SEK	Dokumente der Kommission, die keine C oder KOM Dokumente sind
Server	Großrechner, der bestimmte Dienste zur Verfügung stellt
SGH	Schlichtungs- und Schiedsgerichtshof deutscher Notare
SigG	Gesetz zur digitalen Signatur (Signaturgesetz)
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften
sog.	so genannt
Spams	Versenden von Massenwerbemails über das Netz
Stan.L.Rev.	Stanford Law Review
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StPO	Strafprozessordnung
SSL	Secure Socket Layers
TACD	Transatlantic Consumer Dialogue
TDDSG	Gesetz über den Datenschutz bei Telediensten (Teledienstedatenschutzgesetz)
TDG	Gesetz über die Nutzung von Telediensten (Teledienstegesetz)
TKG	Telekommunikationsgesetz
TierseuchenG	Tierseuchengesetz
Tz.	Teilziffer
u. a.	und andere <i>oder</i> unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UDRP	Uniform Domain Name Dispute Resolution Policy
UK	United Kingdom
UMA	Uniform Mediation Act
UN	United Nations
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
URL	Uniform Resource Locator
US(A)	United States of America
u.U.	unter Umständen
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	vom, von
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VerfGH Rh.-Pf.	Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz

VermG	Vermögensgesetz
VerwArch	Verwaltungsarchiv
vgl.	vergleiche
v.H.	von Hundert
Vill.L.Rev.	Villanova Law Review
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vorbem.	Vorbemerkung
VuR	Verbraucher und Recht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WasserverbandsG	Wasserverbandsgesetz
Website	HTML-Dateien
WIPO	World Intellectual Property Organization
WM	Wertpapier-Mitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WTO	World Trade Organization
www	World Wide Web
z. B.	zum Beispiel
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
Ziff.	Ziffer
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZvglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
z.Z.	zur Zeit
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

# Einleitung

Die Globalisierung ist weit fortgeschritten. Dazu trägt maßgeblich die Verbreitung des Internets<sup>1</sup> bei. Der weltweite Umsatz innerhalb des E-Commerce' sollte im Jahre 2003 eine Trillion US Dollar erreichen.<sup>2</sup> Parteien, die online Verträge schließen, können an entgegengesetzten Orten der Welt wohnen. Kommt es zu Konflikten, bereitet deren Lösung auf traditionellem Gerichtsweg oftmals unverhältnismäßig große Schwierigkeiten. Es bietet sich deshalb an, auf außergerichtliche Konfliktlösungsverfahren zurückzugreifen, die inzwischen auch online durchgeführt werden. Auch über den Bereich des E-Commerce' hinaus können Konflikte auf elektronischem außergerichtlichem Weg effektiv beigelegt werden. Zudem wird das Internet innerhalb der Gerichtsverfahren eingesetzt. In den USA soll überdies in naher Zukunft ein virtuelles Gericht seinen Dienst aufnehmen.

## A. Lösung von Konflikten

Traditionell werden Konflikte durch gerichtliche und außergerichtliche Streitlösungsverfahren beigelegt. Dabei zeichnen sich Gerichtsverfahren durch die autoritative Entscheidung eines staatlichen Richters aus. Zur außergerichtlichen Lösung privater Konflikte<sup>3</sup> zählen unterschiedliche Verfahren: Das Schiedsverfahren, bei dem ein privater Richter, der Schiedsrichter, eine bindende Entscheidung trifft,

---

<sup>1</sup> Das Internet wird als multimediales „Netz der Netze“ bezeichnet, vgl. *Gellner* und *von Korff*, in: Gellner / von Korff, Vorwort, S. 7. Die Bezeichnung „network of networks“ stammt vermutlich von *Eli M. Noam*: „Beyond Liberalization“, *Telecommunications Policy* 1994, 186 ff., zitiert nach *Ladour*, in: *ZUM* 1997, S. 372, 374, Fn. 12. Sie nimmt Bezug auf die technische Zusammensetzung des Internets aus miteinander verbundenen Rechnern. Dessen strukturelle Besonderheit besteht darin, dass die Rechner nicht individuell miteinander verbunden sein müssen, sondern sich das Kommunikationsmedium (z. B. Kupferkabel, Lichtwellenleiter oder Funkwellen) für ihren Datenverkehr teilen. Eine gute technische Beschreibung der Funktionsweise des Internets findet man bei *Schneider*, S. 19 ff. oder *Determann*, S. 39 ff.

<sup>2</sup> Vgl. *Schultz / Bonnet / Boudaoud*, Introduction.

<sup>3</sup> Keine Anwendung finden außergerichtliche Verfahren im Strafrecht, bei dem es um die Feststellung und Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs geht, vgl. BVerfGE 20, 45 (49). Zum Strafmonopol des Staates vgl. *Beulke*, Rz. 3; *Roxin*, S. 2, Rz. 2. Im Bereich des öffentlichen Rechts finden außergerichtliche Verfahren dagegen statt, vgl. zur Mediation im Umweltrecht z. B. *Hellriegel*, Mediation im Umweltrecht, 2002 sowie *Sünderhauf*, Mediation bei der außergerichtlichen Lösung von Umweltkonflikten in Deutschland, 1997 oder allgemeiner *Preussner*, Mediation im öffentlichen Recht, in: Henssler / Koch, 2000.

Schlichtung, Mediation und Verhandlung. Bei Schlichtungen und Mediationen kommt dem vermittelnden Dritten keine Entscheidungskompetenz zu<sup>4</sup>; allerdings stellt der Schlichter im Gegensatz zum Mediator eine Autorität dar und bringt aktiv Lösungsvorschläge in das Verfahren ein.<sup>5</sup> Der Mediator entschärft dagegen lediglich durch seine Gesprächsleitung die Situation. Verhandlungen finden schließlich ohne Inanspruchnahme eines Dritten statt.<sup>6</sup> Diese verschiedenen Konfliktlösungsverfahren bestehen schon lange nebeneinander und haben unterschiedliche Anwendungsgebiete.<sup>7</sup>

## **B. Einsatz des Internets innerhalb der Konfliktlösung**

Seit Mitte der 90er Jahre finden vor allem in den USA außergerichtliche Verfahren im Internet statt, die man als Online Dispute Resolution<sup>8</sup> (ODR) bezeichnet. Es werden sowohl online Schiedsverfahren als auch online Schlichtungen, Mediationen und Verhandlungen durchgeführt. Der Einsatz des Internets reicht dabei von der bloßen Einbeziehung von Emails<sup>9</sup> in den Kommunikationsprozess bis zur vollständigen Automatisierung des Verfahrens<sup>10</sup>.

Besonders erfolgreich ist im Bereich der online Mediation der Anbieter Square Trade<sup>11</sup>, ein amerikanisches Unternehmen, das eng mit dem online Auktionsveranstalter eBay<sup>12</sup> kooperiert und das nach eigenen Angaben bereits über 100.000 Streitigkeiten gelöst hat. Das Zusammenspiel von eBay und Square Trade ist bezeichnend für die unterschiedliche Entwicklung der online Konfliktlösung in den USA und in Deutschland<sup>13</sup>: Während das Unternehmen eBay auf seiner amerikanischen Website<sup>14</sup> ‚www.ebay.com‘ per Hyperlink<sup>15</sup> unter der Rubrik ‚Safe Trading

---

<sup>4</sup> Vgl. *Ott*, S. 7 ff. Für die Mediation vgl. *Breidenbach*, S. 4.

<sup>5</sup> Vgl. *Haft*, in: BB 1998, Beilage 10, S. 15, 16.

<sup>6</sup> Vgl. *Ott*, S. 6 f.; *Maunz*, S. 8.

<sup>7</sup> Auf die Unterschiede in Funktionsweise und Wirkung gerichtlicher sowie außergerichtlicher Verfahren wird im ersten Teil der Arbeit eingegangen, vgl. unten I. Teil, B.

<sup>8</sup> Von engl. ‚dispute‘ (Streit) und ‚resolution‘ (Lösung).

<sup>9</sup> ‚Email‘ (electronic mail) meint die elektronische Post.

<sup>10</sup> Vgl. zu den automatisierten Verfahren unten I. Teil, C. II. 3.

<sup>11</sup> Im Internet unter [www.squaretrade.com](http://www.squaretrade.com). Genauer zu dem Verfahren von Square Trade siehe unten I. Teil, C. II. 1. und vgl. *Katsh / Rifkin*, S. 66.

<sup>12</sup> Im Internet unter [www.ebay.com](http://www.ebay.com).

<sup>13</sup> Deutschland unterscheidet sich insoweit kaum von den anderen europäischen Staaten. Lediglich Kunden der britischen Webseite [www.ebay.co.uk](http://www.ebay.co.uk) können ebenfalls an dem Konfliktlösungsverfahren von Square Trade teilnehmen.

<sup>14</sup> Eine Website besteht aus mehreren Webpages und damit aus ‚Netz-Seiten‘, die durch Hyperlink (vgl. nächste Fußnote) miteinander verbunden sind, vgl. *Grabitz / Hilf-Marly*, ECRL, Vorbem. Rz. 34. Webpages werden im Deutschen als Webseiten bezeichnet.

Tips“ auf Square Trade verweist, enthält die deutsche Homepage<sup>16</sup> ‘www.ebay.de’ lediglich einen Hinweis auf ein Sicherheitsteam, dem Emails geschrieben werden können.

Parallel zur Entwicklung der elektronischen außergerichtlichen Verfahren kommt es zu einem vermehrten Einsatz der neuen Medien innerhalb der Gerichtsverfahren. In Deutschland können gemäß §§ 128a, 130a ZPO innerhalb eines Zivilgerichtsverfahrens Videokonferenzen stattfinden und Klagen per Email eingereicht werden. Die Wortneuschöpfung „eJustiz“<sup>17</sup> belegt die elektronische Entwicklung innerhalb der Gerichtsverfahren. In den USA soll der sog. „Michigan Cyber Court“, ein vollständiges Internetgericht, in naher Zukunft seine Tätigkeit aufnehmen.

Die Ursache dafür, dass das Internet, dessen Bedeutung ursprünglich auf den Bereich des E-Commerce<sup>18</sup> sowie die neuen Formen der elektronischen Unterhaltung und des Informationsaustauschs reduziert war<sup>19</sup>, die Konfliktlösung überhaupt berühren kann, ist seine Funktion als modernstes Kommunikationsmittel.<sup>20</sup> Denn schließlich ist Konfliktlösung nichts anderes als rechtlich formalisierte Kommunikation.

## **I. Verbreitung und Wachstum des Internets als Ursache für online Konfliktlösung**

Ihre stetige Ausweitung verdankt die online Konfliktlösung der Verbreitung des Internets und dessen exponentiellem Wachstum.<sup>21</sup>

---

<sup>15</sup> Zusammengesetzt aus engl. „hyper“ (über-) und „link“ (Verbindung). Hyperlinks sind Verweise auf einer Webseite, bei deren Anklicken der Internetnutzer automatisch auf eine andere Webseite gelangt. Das System ist mit Verweisungen in einem Lexikon oder mit in einem Text enthaltenen Fußnoten vergleichbar. Das Nachschlagen wird dabei automatisch übernommen.

<sup>16</sup> Zusammengesetzt aus englisch „home“ (Heim-) und „page“ (Seite). Homepages sind Webseiten von Unternehmen, Behörden, Verbänden und zunehmend auch Privatpersonen, auf denen sie sich selbst darstellen und mittels Hyperlinks auf weitere Informationen verweisen, vgl. *Determann*, S. 55 f.

<sup>17</sup> Vgl. hierzu die Rede von Frau Prof. Dr. *Däubler-Gmelin*, Justizministerin a.D., vom 25. 1. 2001, im Internet unter: [www.bmj.bund.de/misc/reden/2001/r\\_012501.htm](http://www.bmj.bund.de/misc/reden/2001/r_012501.htm).

<sup>18</sup> Gemeint ist damit jede Art von wirtschaftlicher Tätigkeit im Internet, *Boehme-Nefler*, S. 125.

<sup>19</sup> *Leggewie / Bieber*, in: *Multimedia@Verwaltung*, S. 257.

<sup>20</sup> *Gellner* und *von Korff* fassen es wie folgt: „Kommunikation findet weltumspannend in neuer Qualität statt“, in: *Gellner / von Korff*, Vorwort, S. 7.

<sup>21</sup> Das Internet wird in seiner Entwicklung mit einem „Tornado“ verglichen, weil es sich spiralförmig wachsend ausdehnt, vgl. m. w. N. *Schneider*, S. 1. Vgl. zur Onlinenutzung in Deutschland *Ridder*, in: *Media Perspektiven 2002*, S. 121 ff.